

Wirtschaft, Außenpolitik und Migration



**Wie unsere Wirtschafts-  
und Außenpolitik Migration  
verursacht und  
wie wir das ändern können**

**bündnis C**  
Christen für Deutschland

**Ihre Partei für  
christlich-innovative Politik  
in Deutschland und Europa**

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Karin Heepen

Redaktion: Karin Heepen

Layout: Müller Artwork, Böblingen

Bildquellen S. 1: Burak Aslan auf Pixabay; S. 5: Pxhere;  
S. 7: Bündnis C; S. 9: Claus Weinberg / flickr;  
S. 10: (Wikimedia Commons) <http://putin.kremlin.ru/photos/all/2022/7/fullscreen/7502>; S. 12: Wikilmages / Pixabay;  
S. 14: Social History Archive / Unsplash;  
S. 16: Gerd Altmann / Pixabay; S. 23: Bündnis C

Unveränderte Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C und die Bezeichnung „Wirtschaft, Außenpolitik und Migration“ als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.

---

# Inhalt

Einführung	4
Die Ausgangssituation	5
Ursachen und ihre Folgen	7
Syrien	7
Türkei	10
Afghanistan	11
Afrika	13
Intermezzo: Politik, die nicht funktioniert	16
Unsere Lösungen	18
Den Zusammenhang sehen	18
Eine neue Außenpolitik	18
Schritte zur Umsetzung	21
Länderspezifische Maßnahmen zur Reduzierung der Ursachen von Flucht und Migration	24
Iran	24
Türkei	25
Quellen	26

## Einführung

Der Zustrom von Asylbewerbern nach Europa und Deutschland ist das aktuell drängendste Thema in unserer Gesellschaft und bei den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Was wir in dieser Debatte in der Regel vermissen, ist ein klarer Blick auf Zahlen, Ursachen und Konsequenzen. Meistens bleibt die Debatte zwischen links und rechts, zwischen offenen oder geschlossenen Grenzen stecken. Die Frage, die meist nicht gestellt wird, ist: „Wer kommt genau hierher und warum und was können wir dagegen für die Menschen tun?“

In dieser Broschüre finden Sie die Zahlen der größten Gruppen von Asylbewerbern seit 2014 und die Gründe, warum sie zu uns gekommen sind. Wir erklären, was unsere Regierungen und die EU versäumt und verweigert haben, um einen Großteil des Elends zu verhindern, das die Menschen aus ihrer Heimat in die Flucht geschlagen hat. Sie lesen auch, wie unsere Außenpolitik Regime beschwichtigt und sogar unterstützt, die diese riesigen Flüchtlingsströme in die Welt treiben, und warum die Rhetorik und Politik der im Bundestag vertretenen Parteien gegenüber diesen Regimen nicht funktioniert.

Unsere Antwort sind Vorschläge zur Bewältigung der Situation ausgehend von diesen Fakten. Wir glauben, dass

es möglich ist, die Zahl der Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland und Europa kommen, zu reduzieren. Und zwar durch eine andere Außenpolitik, die sich an der gleichen Würde und den gleichen Interessen der Menschen bei uns und außerhalb Europas orientiert. Die Interessen unserer Steuerzahler und die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Menschen außerhalb Europas sind keine Gegensätze, sondern erfordern gleichermaßen eine konsequente Wirtschafts- und Außenpolitik. Außerdem zeigen wir, wie wir unter diesen Voraussetzungen auch die Integration derjenigen verbessern können, die bereits in Deutschland angekommen sind. Am Ende finden Sie eine Reihe von konkreten Vorschlägen zu den beiden Regimen im Iran und der Türkei, die die Hauptverursacher von Flucht und Migration aus dem Nahen Osten sind.

Als christliche Partei sind wir überzeugt, dass es keinen Unterschied in der Würde der Menschen gibt zwischen denen, die schon immer in Deutschland gelebt haben, und denen, die jetzt nach Deutschland kommen. Wir glauben daher, dass eine Außen- und Wirtschaftspolitik, die diese Grundsätze respektiert, allen Beteiligten zu einem besseren Leben verhilft – in den Herkunftsländern und hier in Europa.

## Die Ausgangssituation

Wir befinden uns inmitten enormer Veränderungen in unserer Gesellschaft, zu einem großen Teil aufgrund von Menschen, die nach Deutschland und Europa einwandern oder als Flüchtlinge zu uns kommen.

Es gibt verschiedene Kategorien von Migranten und Asylbewerbern. Viele kommen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten, verdienen hier ihr Geld und tragen zu unserer Wirtschaft und Gesellschaft bei. Wir als Deutsche haben das gleiche Recht, in ihre Länder zu ziehen und dort zu arbeiten. Die deutsche Wirtschaft wäre schnell am Ende, wenn wir nicht Teil der EU wären: wir brauchen die EU und die EU braucht

uns. Wir stellen weder die EU noch die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU in Frage. Wir stellen jedoch EU-Politiken in Frage, die dem Wohlergehen unserer Bürger nicht ausreichend dienen. Einer dieser Politikbereiche, der grundlegend geändert werden muss, ist die Außen- und Einwanderungspolitik. Wir erläutern die Gründe und Fakten, die zu den dadurch verursachten Spannungen in unserer Gesellschaft führen.

Wir fokussieren dabei auf die Form der Migration, die in Deutschland die meisten Spannungen verursacht, und das sind Asylbewerber und irreguläre Migranten von außerhalb der



EU. Dabei werden wir die Menschen aus der Ukraine nicht einbeziehen, da sie einen Sonderstatus haben, der mit dem Ende des Krieges in der Ukraine enden soll. Wir betrachten die langfristige Entwicklung in Europa seit 2014 und ihre Auswirkungen, die in absehbarer Zukunft anhalten werden, wenn wir unsere Politik nicht ändern. Wir sehen uns dazu die Länder und Regionen an, aus denen die meisten Flüchtlinge und Migranten kommen.

Die Kernaussage dieser Publikation ist, dass unsere eigene deutsche und EU-Außenpolitik ein wesentlicher Grund dafür war und ist, dass so viele Menschen ihre Heimatländer verlassen. Wir sehen, dass diese Außenpolitik sowohl für die Herkunftsländer als auch für die deutschen Steuerzahler verhängnisvoll ist. Unsere Außenpolitik wird dabei von einem falschen Verständnis wirtschaftlicher Interessen geleitet. Sie definiert unsere Wirtschaftsinteressen als deckungsgleich mit den Interessen des Großkapitals, den Profiten der Aktionäre und den Boni der Vorstandsvorsitzenden. Kurzfristige Gewinne für große Unternehmen durch billige Importe und mehr Exporte kommen jedoch nicht unseren Wirtschaftsinteressen im Sinne des Gemeinwohls gleich. Wir werden zeigen, dass diese Art des kurzfristigen Denkens massive Kosten verursacht und daher nicht im Interesse der deutschen Durchschnittsbürger ist.

Um dies zu ändern, müssen wir den finanziellen Einfluss des Großkapitals auf unsere Politik zurückdrängen.

Der wichtigste Weg, um die Zahl der Asylbewerber und irregulären Migranten einzudämmen, ist die Änderung unserer eigenen deutschen und europäischen Wirtschafts- und Außenpolitik. Der Wandel beginnt also hier in Deutschland und in der EU.

Als Bündnis C – Christen für Deutschland wollen wir diesen Wandel unterstützen. Wir tun dies auf der Grundlage unseres relationalen Verständnisses der Menschenwürde. Sie ist das Fundament, auf dem die EU aufgebaut ist, wie es Artikel 1 der EU-Grundrechtecharta sagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie muss geachtet und geschützt werden.“ Das gilt für alle Menschen gleichermaßen. Unser Ziel ist eine Wirtschafts- und Außenpolitik, die die Menschenwürde und die Grundfreiheiten in und außerhalb Europas stärkt. Wenn Menschen nicht nach Deutschland und Europa fliehen oder migrieren müssen, werden wir weniger Spannungen sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland haben. Wir sehen Deutsche und Immigranten nicht als Gegner. Sie leiden beide unter dem gleichen System, das einigen wenigen zugutekommt und alle anderen dafür zahlen lässt. Dieses System verletzt die Würde aller.

# Ursachen und ihre Folgen

Ursachen von Migration und die Folgen werden häufig nicht zusammen gesehen. Deshalb behandelt unsere Einwanderungspolitik die Symptome, aber nicht die Ursachen, die zu Migration und Flucht führen. Im Folgenden erläutern wir anhand der wichtigsten Herkunftsländer, wie unsere westliche Politik Migration und Flucht verursacht.

## Syrien

Von 2014 bis 2023 kamen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)<sup>1</sup> 811 813 Syrer nach Deutschland. Das ist die mit Abstand größte Gruppe von Asylbewerbern, die in diesem Zeitraum ins Land kam.

Der Bürgerkrieg in Syrien begann 2011 als Aufstand gegen Präsident Assad. Da die Politik der EU, der EU-Mitgliedstaaten und der USA im Blick auf Syrien bis 2015/2016 vollständig der türkischen Agenda folgte, gab es keine wirksame Strategie, die einen Großteil des Elends dieses Krieges und der Flüchtlingsströme hätte verhindern können. Die Türkei unterstützte und unterstützt Extremisten wie Al-Qaida in Syrien (bis heute) und IS (bis etwa 2018)<sup>2</sup>. Der türkische Rückhalt für islamistische Gruppierungen hat den Krieg in Syrien verschärft und es verließen umso mehr Menschen das Land.

Obwohl dies in den Außenministerien der EU-Mitgliedstaaten bekannt war, wurde nichts gegen die türkische Kollaboration mit terroristischen Gruppen unternommen. Schlimmer noch, erhielt und erhält die Türkei weiterhin Waffen und Unterstützung von Deutschland und der EU für ihre aggressive Außenpolitik.

Die Mehrheit der Syrer ist vor der Gewalt des Assad-Regimes geflohen. Assad hält sich seit vielen Jahren mit der Unterstützung des Iran im Sattel. Russlands Unterstützung für Assad wäre bedeutungslos ohne die massiven Milizen, die vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) bezahlt und geleitet werden. Auf diese



Weise stellt der Iran Assad und Russland „boots on the ground“<sup>3</sup> zur Verfügung. Das IRGC unterstützt auch die Hamas, die Hisbollah, die Houthi und Milizen im Irak.<sup>4</sup>

Das iranische IRGC ist ein „Staat im Staat“. Dem Bericht einer mit der NATO verbündeten Denkfabrik sowie vielen anderen zufolge besitzt und kontrolliert das IRGC einen großen Teil der iranischen Wirtschaft.<sup>5</sup> Das ist eine allgemein bekannte Tatsache, die auch von NATO-nahen Experten anerkannt wird und die von grundlegender Bedeutung ist, um zu verstehen, wie unsere Außen- und Wirtschaftspolitik eine der Hauptursachen für die Flucht von Syrern in die EU und nach Deutschland mitfinanziert hat.

Die deutsche Außenpolitik hat über viele Jahre starke wirtschaftliche Beziehungen zum Iran gestützt. Gemeinsam mit Wirtschaftslobbyisten hat die deutsche Politik parteiübergreifend alles darangesetzt, um zugunsten deutscher Investitionen die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zu beenden.<sup>6</sup> Das Gleiche galt und gilt für alle EU-Mitgliedstaaten.<sup>7</sup> Milliarden aus Europa flossen in den Iran unter dem Deckmantel des Atomabkommens (JCPOA), das mit den sogenannten „Sunset-Klauseln“<sup>8</sup> von vornherein nicht darauf angelegt war, die nuklearen Aktivitäten des Iran zu verhindern. Der Fokus der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Deutschland und Europa bestand (und besteht) darin, die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran auszubauen.

Dies setzte sich fort, während der Iran die Lage in Syrien und anderen Teilen des Nahen Ostens immer mehr verschärfte. Die iranischen IRGC-Milizen unterstützten den grausamen Krieg Assads gegen sein eigenes Volk. Und das Geld der europäischen Wirtschaftseliten, das in den Iran floss, trug maßgeblich dazu bei, dass Menschen aus Syrien nach Europa flüchteten. Auf diese Weise haben wir den Flüchtlingsstrom nach Deutschland mitfinanziert.

Ungeachtet der Rhetorik einer „wertebasierten Außenpolitik“ arbeitet auch unter der Ampel-Regierung die Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer weiter an den Geschäftsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Iran.<sup>9</sup> Nach wie vor fließt deutsches Geld an das IRGC, das den Menschen in Syrien anhaltenden Schaden zufügt und in der Folge massive Kosten für Migration in Europa verursacht.

Unsere Außenpolitik folgt damit einer falschen Definition unserer Wirtschaftsinteressen. Es ist nicht im Interesse der Steuerzahler in Europa, für die massiven Kosten aufkommen zu müssen für Menschen, die wegen der Gewalt in ihrem eigenen Land nach Europa fliehen – Gewalt, die von der deutschen Wirtschaft und Politik aufgrund kurzfristiger Interessen gestützt wird.

Zusätzlich hat unsere Außenpolitik nicht nur die Aggression befördert, die Menschen in die Flucht nach Europa und Deutschland trieb, sondern gleichzeitig versäumt, diejenigen zu





Die internationale Koalition gegen den Islamischen Staat (IS) hat in den SDF einen unverzichtbaren Verbündeten gefunden, um die Hauptstützpunkte des IS in Syrien zu zerschlagen und Stabilität in einem Drittel Syriens wiederherzustellen. Dank AANES und der SDF sind Europa und die Welt sicherer ge-

unterstützen, die die Alternative zu Totalitarismus und Extremismus in Syrien sind.

Als Assad 2013 seine Truppen aus dem Nordosten Syriens abzog, errichtete die Bevölkerung in der Region mit einer Koalition aus Arabern, Syrisch-Assyrern und Kurden ihre eigene Verwaltung und Selbstverteidigung auf säkularer Grundlage. An dieser Autonomen Verwaltung Nordostsyriens (AANES) und den Syrischen Demokratischen Streitkräften (SDF)<sup>10,11,12</sup> sind alle ethnischen Gruppen der Bevölkerung beteiligt.

Nicht nur diese multiethnische Regierungsführung (nach Schweizer Vorbild) war und ist einzigartig in der Region, auch die Gleichstellung der Geschlechter und Religionsfreiheit wurden und werden garantiert, einschließlich des Rechts, zu einer beliebigen Religion zu wechseln oder keiner anzugehören.<sup>13,14</sup> Die Region der AANES umfasst ein Drittel von Syrien.

worden, und es konnten noch größere Migrationsströme verhindert werden. 15 000 Männer und Frauen aus Nordostsyrien sind im Kampf gegen den IS gefallen, viele weitere werden lebenslang behindert sein. Zehntausende Kinder haben eine Mutter oder einen Vater verloren. Dies war ihr Opfer für ihre und unsere Sicherheit. Die SDF bewachen immer noch 12 000 gefangene IS-Terroristen und 55 000 ihrer Familienmitglieder.<sup>15</sup>

Man sollte meinen, dass dieses Syrien unsere Unterstützung wert ist, da es unsere eigenen Grundwerte und unser Verständnis von Freiheit und Gleichheit verwirklicht und damit eine Alternative zum Totalitarismus und Extremismus, der so viele Menschen zur Flucht veranlasst hat. Unsere Außenpolitik hat sich jedoch verweigert, diesen tapferen Menschen in Nordostsyrien zu helfen.

Die deutsche und europäische Außenpolitik dient sich stattdessen weiterhin dem türkischen Präsidenten Erdogan an. Sie schwieg zu seinen Invasionen

2018 in Afrin, das türkische Truppen besetzten und die einheimische Bevölkerung vertrieben, 2019 in Nordsyrien und zu seinen anhaltenden Bombardierungen von Zivilisten in AANES. Das Risiko ist real und hoch, dass die SDF, wenn die türkische Aggression gegen ihr Gebiet weitergeht, nicht in der Lage sein werden, die 12000 IS-Terroristen weiter zu bewachen. Indem die deutsche Regierung und andere NATO-Staaten nicht gegen die islamistische türkische Aggression einschreiten, setzt unsere Außenpolitik unsere Sicherheit in Europa aufs Spiel. Denn was passiert in Deutschland, wenn 12000 IS-Terroristen freikommen?

Wenn AANES fällt, würden erneut Millionen Menschen aus Syrien fliehen, mit den nunmehr bekannten Auswirkungen in Deutschland. Bereits 2023 stieg die Zahl der syrischen Flüchtlinge nach Deutschland wieder an. Warum schreiten die deutsche Regierung und die EU nicht ein, wenn die Türkei weitere Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreibt?

Mit Bündnis C stellen wir uns an die Seite der Menschen in Nordostsyrien. Wir haben gegen die türkischen Invasionen von 2018 und 2019 protestiert und werden es weiter tun und die Regierungsparteien wegen ihres Schweigens zu den völkerrechtswidrigen türkischen Angriffen auf Nordost-



syrien herausfordern. Wenn wir keine neue Welle von Menschen wollen, die um ihr Leben fliehen, und keinen Terrorismus in Europa, muss die verfehlte Politik der Beschwichtigung und der Unterstützung der totalitären und extremistischen Regime der Türkei und des Iran aufhören.

## Türkei

Gleichzeitig ist die Türkei eine neue Herkunftsregion von Asylbewerbern in Europa geworden. In den Jahren 2022 und 2023 ist die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei drastisch gestiegen. Seit 2017 haben 121 108 Menschen aus der Türkei in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Damit liegt die Türkei an dritter Stelle der Herkunftsländer von Asylsuchenden in Deutschland. 2023 lagen Asylsuchende aus der Türkei mit 55 354 Anträgen sogar an zweiter Stelle.

Die Türkei ist unter Erdogan ein totalitärer Staat geworden. Eine Fülle von Berichten belegen, dass es keine

Presse- oder Meinungsfreiheit gibt und dass die Kurden (die 20 % der Bevölkerung ausmachen) schwer unterdrückt werden.<sup>16,17,18,19,20</sup> Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Menschen aus der Türkei fliehen, insbesondere Kurden.<sup>21</sup>

Im Falle der Türkei wiederholt sich nicht nur das Muster der Beschwichtigung und Unterstützung von repressiven Regimen durch unsere Außenpolitik, sondern die Unterdrückung wird sogar in Deutschland ausgeübt. Kurdische Organisationen werden von der Justiz systematisch ins Visier genommen, während Regierungsinstitutionen mit türkischen Extremisten kooperieren.<sup>22,23,24,25</sup> Dieses Muster zieht sich durch alle Regierungen der letzten Jahrzehnte, egal, ob die CDU oder die Ampel regiert.<sup>26</sup> Wir verweisen hier nur auf einige von vielen Berichten dazu.

Deutschland fügt damit seiner kontraproduktiven Außenpolitik eine weitere Ebene hinzu, indem es Verfolgung und Extremismus, die zu Flucht nach Europa führen, selbst betreibt. Dieser Extremismus ist nicht nur eine Hauptursache für Zuwanderung, sondern eine große Blockade für Integration.

## Afghanistan

Auch der Fall Afghanistan macht deutlich, dass das Versagen unserer Regierungen, sich gegen extremistische und totalitäre Regime zu stellen, eine der Hauptursachen für Flucht nach Europa und Deutschland

ist. Zwischen 2014 und 2023 haben unsere Behörden 321 103 Asylbewerber aus Afghanistan registriert.<sup>27</sup> Dies ist die zweitgrößte Gruppe von Menschen, die in diesem Zeitraum nach Deutschland kam.

Wir werden hier nicht alle Fehler der westlichen Politik in Afghanistan aufrollen. Es ist inzwischen klar, dass unsere Einmischung unklug war und nicht so tief hätte in die Gesellschaftsstrukturen eingreifen dürfen, da wir die Situation vor Ort nicht ausreichend verstanden haben.

Was wir aber einfach hätten beenden können, war die Unterstützung der Taliban durch Pakistan über 20 Jahre. Die internationale Journalistin Sarah Chayes, die 20 Jahre lang in Afghanistan tätig war, schrieb im Jahr 2021:

„Sie haben vielleicht gehört, dass die Taliban in den frühen 1990er Jahren in Kandahar entstanden sind. Das ist falsch. Ich habe im Laufe der Jahre Dutzende von Gesprächen und Interviews geführt, sowohl mit Akteuren des Dramas als auch mit einfachen Menschen, die die Ereignisse in Kandahar und in Quetta, Pakistan, beobachtet haben. Sie alle sagten, dass die Taliban zuerst in Pakistan auftauchten.

Die Taliban waren ein strategisches Projekt des pakistanischen Militärgenheimdienstes ISI. [...] Seit 2002 hatte der ISI die Taliban neu konfiguriert: Er half ihnen bei der Umgruppierung, bildete Einheiten aus und rüstete sie aus, entwickelte eine militärische Strategie und rettete Schlüsselakteure, wenn

US-Personal sie identifizierte und ins Visier nahm. Aus diesem Grund wurde die pakistanische Regierung nicht vor der Bin-Laden-Razzia gewarnt. US-Beamte befürchteten, der ISI würde ihn warnen. 2011 sagte mein Vorgesetzter, der scheidende Vorsitzende der Generalstabschefs, Admiral Mike Mullen, vor dem Streitkräfteausschuss des Senats aus, dass die Taliban ein ‚virtueller Arm des ISI‘ seien. [...]

Nehmen wir wirklich an, dass die Taliban, eine zusammengewürfelte, unzusammenhängende Miliz, die sich in den Bergen versteckt, wie uns so lange erzählt wurde, in der Lage war, einen so ausgeklügelten Kampagnenplan ohne internationale Unterstützung durchzuführen? Woher stammte dieser Plan wohl? Wer gab die Befehle? Woher kamen all diese Männer, all das Material, die endlosen Geldmengen, mit denen die lokalen afghanischen Armee- und Polizeikommandeure gekauft wurden? [...]

In denselben Jahren lieferte das pakistanische Militär übrigens auch Nukle-

artechnologie an den Iran und Nordkorea. Aber zwei Jahrzehnte lang, während all dieser Vorgänge, bestanden die Vereinigten Staaten darauf, Pakistan als Verbündeten zu betrachten. Das tun wir immer noch.“<sup>28</sup>

Chayes fasst treffend zusammen, worauf auch viele andere hinwiesen: Pakistan koordinierte die Taliban in all den Jahren, in denen der Westen dort präsent war. Es kann kaum unterschätzt werden, wie viel das die Menschen in Afghanistan und uns gekostet hat. Die Gesamtkosten für den deutschen Einsatz in Afghanistan betragen über 20 Jahre hinweg 17,3 Milliarden Euro.<sup>29</sup> Der größte Teil entfiel auf den Militäreinsatz.

Gleichzeitig unternahm unsere Regierung nichts, um Pakistans Unterstützung für die Taliban zu stoppen. Stattdessen unterstützte sie die EU bei einem Handelsabkommen mit Pakistan.<sup>30</sup> Auch die EU sieht Pakistan als ‚Verbündeten‘. Die Kosten der EU-Mitgliedstaaten für den Einsatz in Afghanistan dürften sich über 20

Jahre auf fast 50 Milliarden Euro belaufen. Dagegen war Pakistan im Jahr 2020 mit einem Anteil von 0,3% nur der 42. größte Handelspartner der EU. Über die Jahre hinweg ist die Handelsbilanz sogar negativ, da wir mehr aus Pakistan importieren, als Pakistan von der EU kauft. Das bedeutet, dass wir Milliarden in



Afghanistan ausgegeben haben, während Pakistan die Taliban unterstützte, und Deutschland in der Folge über 320 000 Menschen aus Afghanistan Zuflucht gewähren musste.

Es ist das gleiche Versagen wie gegenüber der Türkei und dem Iran. Unsere Außenpolitik beschwichtigt und unterstützt extremistische totalitäre Regime, in einer Weise zu agieren, die sowohl ihren Opfern als auch den Menschen hier schadet. Die damit verursachten realen Kosten überwiegen massiv jeden finanziellen Nutzen.

Deutschland und die EU hätten Druck auf Pakistan ausüben können. Sie hätten den Handel Pakistans mit der EU unterbinden können. Sie hätte Kaschmir offiziell und formell als integralen Bestandteil Indiens anerkennen können. Deutschland hätte die Unterdrückung der Belutschen und anderer ethnischer Minderheiten in Pakistan anerkennen können. Und Deutschland und die EU hätten eine „Zweistaatenlösung“ für Belutschistan (das Pakistan 1948 besetzt hat) fordern können.

Wahrscheinlich hätte Pakistan frühzeitig eingelenkt, da es keine Strategien im Umgang mit ernsthaftem Druck der EU und Deutschlands hat, weil es diesen normalerweise nicht gibt. Dass wir keinen solchen Druck ausüben, um Länder zu stoppen, die den Menschen dort und (letztlich) uns hier schaden, ist das eigentliche Problem. Und dass wir diese Außenpolitik grundlegend ändern sollten, ist die eigentliche Lehre, die Deutsch-

land und die EU aus dem Debakel in Afghanistan ziehen sollten. Unsere Regierung und die EU müssen lernen, echten Druck auf Länder auszuüben, wenn dies notwendig und möglich ist.

Dies ist kein Vorschlag, um gegen jede Diktatur der Welt vorzugehen. Es ist ein Vorschlag für unsere Außenpolitik, wenn das Endergebnis des Agierens von Diktaturen mit Vertriebenen in Europa landet. Wir können nicht alles Böse in der Welt aufhalten. Aber wir können die Dinge nicht noch schlimmer machen, das Gute unterstützen, wo es möglich ist, und feindliche Akteure unter Druck setzen. Das reduziert Migration nicht auf Null, aber mit Sicherheit deutlich.

## Afrika

Ein maßgeblicher Fokus der deutschen und europäischen Politik sind kurzfristige wirtschaftliche Gewinne für Unternehmen. Dies wurde bereits erwähnt, ist aber an dieser Stelle der hauptsächliche Motor für die gescheiterte EU-Politik in Afrika.

Afrika weist als Kontinent eine sehr reiche Vielfalt an Nationen und Kulturen auf. Im Rahmen dieser Untersuchung nehmen wir die Zahl der Asylbewerber und Migranten in Deutschland als Ausgangspunkt. Um ein Gesamtbild der Ursachen und Folgen von Migration zu beschreiben, betrachten wir hier Afrika als Ganzes.

Migration findet zu einem großen Teil in Afrika selbst statt. Einen vollstän-

digen Überblick über alle wichtigen Migrationsrouten in Afrika gibt eine kürzlich erschienene Veröffentlichung der Sallux ECPM Foundation mit dem Titel „A Holistic overview of migration from Africa to the EU“.<sup>31</sup>

Die westeuropäische Kolonisierung hat in Afrika viel Schaden angerichtet, der bis heute nachwirkt. Westeuropäische Länder standen hinter Sklaverei und Völkermorden in Afrika und Deutschland war an diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt. Dies gilt insbesondere für die deutsche Kolonisierung Namibias und den Völkermord an den Herero und Nama.

Leider geht diese Politik der Ausbeutung unter dem Deckmantel von EU-Handelsabkommen weiter. Zwar wurde ein Teil davon in letzter Zeit abgebaut (z. B. bei den Milchexporten), doch andere Formen der Ausbeutung bestehen weiter und führen zielgerichtet zu Migration nach Europa.

Im Juli 2019 unterzeichnete Senegal ein fünfjähriges Fischeiabkommen mit der EU und erhielt dafür gerade einmal 1,7 Millionen Euro. Dies hat verheerende Folgen für die lokale Wirtschaft Senegals und treibt Menschen zur Migration nach Europa.<sup>32</sup> Gleichzeitig verlagert die EU ihre Grenzkontrollen nach Senegal und Mauretanien.<sup>33,34</sup>

Das bedeutet, dass das EU-Handelsabkommen zuerst das Leben von Menschen zerstört und die EU dann totalitäre Regierungen dafür bezahlt, dieselben Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten. Das macht die Menschen nicht nur zu Objekten einer unmenschlichen Politik, sondern kommt uns gleichzeitig teuer zu stehen.

Eine ähnliche Situation ist in den ostafrikanischen Ländern entlang des Indischen Ozeans zu beobachten. Auch dort erlauben EU-Handelsabkommen die Überfischung durch Flotten aus den EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig überweist die EU Finanzmittel, um diese Volkswirtschaften nachhaltiger zu machen.<sup>35</sup> Die Organisation „Bloom Association“ erklärt in einem ausführlichen Bericht, wie mächtige Industrie-lobbys die EU in dieser Politik beeinflussen.<sup>36</sup> Es zeigt, wie die EU-Politik einigen wenigen Interessenvertretern zugutekommt auf Kosten der Menschen in und außerhalb Europas.



Die Idee, afrikanische Regierungen zu „kaufen“, um Migration zu stoppen, ist nicht nur ethisch fragwürdig, sondern funktioniert auch wirtschaftlich nicht. Anstatt in das zu investieren, was Afrika braucht, und die Schuldenlast Afrikas zu beenden, bezahlen wir Regierungen dafür, dass sie Menschen davon abhalten, nach Europa zu kommen.<sup>37</sup> Statt es mit den Interessengruppen der Finanzindustrie aufzunehmen, geben wir Steuergelder für fragwürdige Regierungen aus.

Die Beispiele Niger und Sudan zeigen, dass die Politik der „Auslagerung der Grenzkontrolle“ nicht funktioniert. In Niger wurde die gewählte Regierung vom Militär gestürzt, hauptsächlich aufgrund des EU-Abkommens mit Niger, das Migration für EU-Gelder an das Land stoppen sollte. Dadurch wurde die Bevölkerung ihrer Haupteinnahmequelle beraubt, nämlich der Migration über Niger.<sup>38</sup> Im Sudan gab der damalige Diktator die EU-Gelder aus, um die Rapid Support Forces (RSF)<sup>39</sup> weiter zu stärken, die dann

den aktuellen Bürgerkrieg im Sudan begannen.<sup>40,41,42</sup> Damit wurde Migration nicht gestoppt, sondern verstärkt.

Das Gesamtbild der verschiedenen, in sich widersprüchlichen EU-Politiken in Afrika zeigt ein Muster, bei dem die eigentlichen Ursachen von Migration aufgrund von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen von Großunternehmen und Großkapital nicht angegangen werden. Stattdessen werden Steuergelder für Strategien ausgegeben, die nicht nur Menschen zu Objekten machen, sondern häufig wirkungslos sind oder sogar das Gegenteil bewirken von dem, was beabsichtigt war.

Solange wir unsere Wirtschaftsinteressen weiterhin als die kurzfristigen Interessen der multinationalen Unternehmen und der Kapitalmärkte definieren, schaden wir sowohl den Menschen in Afrika als auch in Europa. Wir brauchen eine andere Richtung, um Migration und Flucht nach Europa wirklich einzudämmen.

## Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!

Bündnis C ist in den verschiedensten Sozialen Medien mit Inhalten vertreten. Diese lassen sich in der Regel auf den jeweiligen Plattformen über die Suchleiste und die Eingabe von Bündnis C finden. Hier die Übersicht der verschiedenen Kanäle mit dem dazugehörigen Direktlink zu Bündnis C:

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf Ihrem bevorzugten Medium folgen bzw. es abonnieren, sodass Sie immer informiert sind. Besonders helfen Sie uns, wenn Sie unsere Beiträge teilen, weiterverbreiten und einen Kommentar hinterlassen.



<https://buendnis-c.de/>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

## Intermezzo: Politik, die nicht funktioniert

Das Erkaufen von Regierungen, um Migration und Flucht nach Europa zu stoppen, ist in Afrika gescheitert, aber auch mit dem Flüchtlingsdeal mit der Türkei. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Türkei ist in den letzten zwei Jahren eindeutig gestiegen.

Dennoch wird von Experten und politischen Entscheidungsträgern immer wieder gefordert, diese Abkommen auszuweiten, obwohl sie sich als kurzfristige Lösungen erwiesen haben. Am Beispiel des Türkei-Deals sehen wir, dass Migranten und Flüchtlinge damit maximal ein bis drei Jahre aufgehalten werden. Für die meisten bleibt Europa das Ziel. Es braucht einfach nur mehr Zeit, es zu erreichen.

Ebenso realitätsfern ist die Idee, dass wir um ganz Europa herum Mauern bauen könnten, um Menschen davon abzuhalten, zu uns zu kommen. In der Realität ist es selbst an unseren Landgrenzen nicht möglich, völlig undurchdringliche Mauern zu errichten. Selbst wenn wir ein solches Vorhaben in Angriff nehmen würden, würde es ein Jahrzehnt oder länger dauern, es zu realisieren. An der polnisch-weißrussischen Grenze sehen wir, dass die Menschen dann (oft buchstäblich) längere Leitern mitbringen und trotzdem über die Grenze oder über Flüsse gelangen.<sup>43</sup> Grenzzäune sind eine kurzfristige Lösung, die Migration verzögert aber nicht löst.





Das gilt erst recht für die Strände Europas. Vielleicht ist es an einigen Stellen möglich, eine Route physisch zu blockieren. Aber es braucht nur größere Boote, um diese Blockaden zu umgehen, zu einer weiter entfernten Küste zu fahren und dort zu landen. Die Realität ist, dass wir die Strände Europas nicht überall mit Stacheldraht versehen können.

Manchmal wird vorgeschlagen, Menschen einfach in Flugzeuge zu setzen und zurückzuschicken. Das geschieht recht häufig, aber im Verhältnis zur gesamten Migration und Flucht nach Europa mit einer relativ kleinen Anzahl von Menschen. Es ist in Fällen möglich, wo ein Herkunftsland identifiziert wurde und bereit ist, die Menschen zurückzunehmen. Würden Flugzeuge aus Europa irgendwo landen und Migranten ohne Erlaubnis des Landes absetzen, könnten die Flugzeuge beschlagnahmt und die Piloten verhaftet werden. Piloten wären nicht bereit, dabei zu kooperieren. Fakt ist, dass sich viele Länder weigern, Menschen zurückzunehmen, selbst wenn es einen formalen Rahmen gibt, der dies zulässt. Deshalb scheitern Abschiebungen in der Mehrheit der Fälle.

Dies ist auch das Problem bei der von der EU angenommenen Vereinbarung über eine gemeinsame Asylpolitik entlang der EU-Außengrenzen.<sup>44</sup> Selbst wenn Menschen de facto in Gewahrsam genommen werden, die eindeutig kein Recht auf Asyl haben, müssen die meisten nach einem halben Jahr

in Europa wieder freigelassen werden, wenn die EU nicht in der Lage ist, sie in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.<sup>45</sup> Das Abkommen sieht vor, dass Menschen bis zu sechs Monate interniert werden können, danach aber in das reguläre Asylverfahren aufgenommen werden müssen. Zudem wird die vorgesehene Kapazität des Systems nicht ausreichen.<sup>46</sup> Obwohl es gut ist, dass die EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Herausforderungen zusammenarbeiten, wird dieses Abkommen die Zahl der irregulären Migranten nach Europa kaum verringern.

Alle diese Ansätze haben die Vorstellung gemeinsam, dass wir sofort eine Lösung finden könnten, die Menschen davon abhält, nach Europa zu kommen. Die Konzentration auf kurzfristige Lösungen schafft eine Illusion von Grenzkontrolle, die niemand leisten kann. Forderungen nach sofortigen Lösungen sind zwar verständlich, es stehen in Wirklichkeit aber keine zur Verfügung. Die kurzfristigen Maßnahmen waren kostspielig, haben aber nichts gelöst.

Je eher wir diese Realität akzeptieren, desto eher können wir mit einer Politik beginnen, die Flucht und Migration wirklich reduziert. Die Maßnahmen, die wir vorschlagen, können relativ schnell umgesetzt werden. Sie setzen aber voraus, dass wir unsere Diplomatie ändern und die bisherigen Strategien, die die Dinge schlimmer machen.

## Unsere Lösungen

### Den Zusammenhang sehen

Wir betonen den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Außenpolitik, Migration und Integration. Sie alle bedingen und beeinflussen sich gegenseitig.

Mit einem Verständnis von wirtschaftlichem Interesse, das „mehr Profit jetzt“ bedeutet, wird die Außenpolitik von dieser Prämisse ausgehen. Sie wird mit diesem Fokus Extremismus unterstützen, der zu wirtschaftlicher und ökologischer Zerstörung außerhalb Europas führt, damit Migration erzeugt und Integration erschwert. Das ist die aktuelle Realität.

Wir schlagen vor, diesen Zusammenhang in positiver Weise zu nutzen. Mit einem Wirtschaftsverständnis, das auf das Wohlergehen der Bürger ausgerichtet ist, haben wir auch eine Außenpolitik, die die Menschenwürde und Grundfreiheiten achtet. Das wiederum schlägt sich in weniger Migration nieder, ermöglicht eine leichtere Integration und vermeidet damit unnötige Kosten für die Gesellschaft.

### Eine neue Außenpolitik

Diese Punkte wollen wir umsetzen:

1. In Deutschland und der EU als müssen die führenden Politiker die letztendlichen Ergebnisse ihrer Diplomatie berücksichtigen und ob das derzeitige und weiter erwogene Handeln letztlich zu mehr Flucht und Migration beitragen wird. Wenn das der Fall sein könnte, sollte es offensichtlich sein, dass eine solche Politik nicht in unserem Interesse ist.
2. Der Grundsatz, keinen Schaden anzurichten, muss wichtiger sein als (kurzfristige) wirtschaftliche Chancen. Das bedeutet keinen Isolationismus, sondern dass wir keine absehbaren Verletzungen der Grundrechte hinnehmen, nur um die Gewinne von Unternehmen zu steigern. Deshalb müssen politische und Wirtschaftsverträge, die aggressive und expansive Regime sowie extremistische Gruppen unterstützen, schnellstmöglich gestoppt werden. Aus den Schäden der Vergangenheit müssen wir lernen und sie aktiv in der Zukunft vermeiden.
3. Statt Regime zu stützen, die Menschen und Umwelt schaden, unterstützen wir politische Kräfte, die im Einklang mit unseren Werten und

unter Achtung der Menschenwürde handeln und damit in unserem eigenen Interesse.

Als Maßstab für politische Entscheidungen definieren wir hier zentrale Grundfreiheiten und Werte, die für den Schutz und die Achtung der Menschenwürde unerlässlich sind:

- ▶ Gleichwertigkeit, gleiche Würde und Freiheit von Frauen
- ▶ Religionsfreiheit und die Freiheit, die Religion zu wechseln (oder die Religion nicht auszuüben)
- ▶ Persönliche Entscheidungsfreiheit für junge Menschen in Bezug auf ihren Lebensstil und ihre Zukunft
- ▶ Freiheit für (organisierte) Vielfalt innerhalb von Gemeinschaften
- ▶ Leben in demokratischen Strukturen mit Meinungsvielfalt und multiethnischer Beteiligung
- ▶ Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung und gleiche Unterstützung verschiedener Ethnien und Religionsgruppen und Zusammenarbeit zwischen ihnen.

Die Gefahr von Konflikten und Unterdrückung ist weitaus geringer, wo diese Grundfreiheiten außerhalb Europas bestehen. Sie sollten der Maßstab sein für Entscheidungsträger in der Außenpolitik über Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Länder, Gebiete und Regierungen, die diese Grundfreiheiten verwirklichen, müssen bevorzugt und unterstützt werden, da sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dies ist die beste langfristige Garantie für Entwicklung und wird zu weniger Migration und Flucht nach Europa führen. Wir „bringen keine Demokratie“, sondern wir unterstützen diejenigen, die in die bevorzugte Richtung handeln.

Außerdem liegen die Herausforderungen bei der Integration außereuropäischer Gemeinschaften in Deutschland und Europa genau bei diesen Grundfreiheiten. Wo sie geachtet werden, sind sie mit unseren Grundwerten vereinbar, auch wenn die Menschen einen anderen kulturellen oder religiösen Hintergrund haben. Wir müssen keine deutschen Werte definieren oder vollständige Assimilierung fordern, wenn Immigranten diese Grundfreiheiten respektieren und verinnerlichen.

4. Eine Diplomatie der Klarheit und des Drucks muss greifen, wenn Regierungen außerhalb der EU die Menschenwürde verletzen und damit Europa schaden. Wenn die Türkei Zivilisten in Nordost-Syrien bombardiert, schädigt sie die Menschen dort und untergräbt damit gleichzeitig die Sicherheit Europas durch die Gefahr von mehr Flucht und Migration. Die Beschwichtigungspolitik gegenüber Erdogan muss politischem Druck weichen

von der EU und der NATO, wie in den länderspezifischen Maßnahmen beschrieben.

Wenn Länder sich weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen, sollten wir sie nicht „kaufen“, sondern mit Konsequenzen die persönlichen und politischen Interessen der Führer des Landes treffen. Unser diplomatisches Korps und das Außenministerium üben keinen Druck aus, wo dies notwendig ist, sondern sind darauf geeicht, zu beschwichtigen und sich bei korrupten Regimen einzukaufen, was am Ende mit Steuergeldern bezahlt wird. Das dient weder den Bedürfnissen der Bürger in Deutschland und Europa noch dem Wohlergehen der Menschen unter diesen Regierungen. Mit ernsthaftem diplomatischem, politischem und wirtschaftlichem Druck auf repressive Akteure wird die Würde der Menschen verteidigt. Der Bundestag und das Europäische Parlament müssen ihre jeweiligen Befugnisse in Bezug auf den Haushalt des Außenministeriums bzw. des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) nutzen, um kontraproduktive Zahlungen an diese Regime zu beenden.

5. Wir setzen eine konsequente Außenpolitik durch. Derzeit unterstützt unsere Politik das ukrainische Volk in seinem Krieg gegen die russische Invasion. Gleichzeitig beschwichtigt und unterstützt sie das iranische und das türkische Regime, die ebenfalls in ihre

Nachbarländer eingedrungen sind (direkt oder durch Stellvertreter). Sie ignoriert das Leid, das durch die Unterdrückung dieser Regime verursacht wird. Sie fordert einen Staat für die Palästinenser, aber nicht für die Kurden und andere staatenlose Nationen in derselben Region. Das ist inkonsequent, behandelt Menschen und Ethnien willkürlich und ist nicht zu rechtfertigen. Unsere Außenpolitik muss nach konsequenten Strategien handeln, die allen Menschen und Volksgruppen dieselbe Würde und dieselben Grundfreiheiten zugesteht.

6. Wir definieren „wirtschaftliches Interesse“ in der Außenpolitik neu. Die derzeitige Definition setzt wirtschaftliches Interesse mit der Steigerung kurzfristiger Gewinne von großen Unternehmen gleich. Die destruktiven Folgen dieses Ansatzes liegen auf der Hand. Wir definieren wirtschaftliches Interesse als Steigerung des Wohlstands in Übereinstimmung mit dem Index der menschlichen Entwicklung<sup>47</sup> und unter Vermeidung zusätzlicher Kosten für die Gesellschaft. Das ist eine international anerkannte Definition für einen integrativen und relationalen Ansatz in der Wirtschaft, der verhindert, dass wir Ressourcen auf Kosten der Menschen hier und anderswo abbauen oder schädigen. Diese Definition zwingt politische Entscheidungsträger, sich nicht von kurzfristigen Gewinnen für einige Vorstandsvorsitzende und Aktio-

näre leiten zu lassen, sondern die Auswirkungen politischer Maßnahmen auf die Menschen und deren Umwelt einzukalkulieren sowie die schlussendlichen Kosten für das eigene Land. Dies wird in der Tat zu geringeren unmittelbaren Gewinnen führen, aber auf lange Sicht höhere Kosten für alle vermeiden.

Wir glauben, dass die Kombination dieser und der länderspezifischen Maßnahmen die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die nach Europa kommen, innerhalb von zwei Jahren erheblich reduzieren kann, und dass die ersten Auswirkungen bereits nach einem Jahr sichtbar sein können. Die meisten der beschriebenen Maßnahmen kosten nicht viel. Klare Botschaften statt Beschwichtigung verursachen keine zusätzlichen Kosten, können aber erhebliche weitere Kosten der bisherigen Politik vermeiden. Deshalb stellen wir das Leben und nicht das Geld in den Mittelpunkt der Außenpolitik.

## Schritte zur Umsetzung

Eine neue Außenpolitik ist der primäre Weg, um Migration und Flucht nach Europa zu reduzieren. Innerhalb Deutschlands und Europas müssen jedoch angrenzende Politikfelder die notwendigen Veränderungen in der Außenpolitik unterstützen und ermöglichen.

## Verringerung des Einflusses des Großkapitals auf die Politikgestaltung

Wir trennen die Interessen des Großkapitals von den Interessen der Außenpolitik. Solange wir zulassen, dass Politiker im großen Maßstab vom Großkapital gekauft werden, handeln wir nicht im Interesse der Bürger, sondern multinationaler Unternehmen. Wir brauchen eine Gesetzgebung mit ernsthaft eingeschränkten Obergrenzen für die Beträge, die Politiker, Parteien und ihnen nahestehende Think-tanks von privaten Spendern und Unternehmen annehmen dürfen.

Außerdem müssen die Vorstandsvorsitzenden der größten Unternehmen nicht automatisch an allen Arten des nationalen und internationalen Austauschs beteiligt sein. Eine angemessene Beteiligung der Wirtschaft ist notwendig bei politischen Verhandlungen, aber er muss mit den langfristigen Interessen der gesamten Gesellschaft in Einklang gebracht werden.

## Kohärenz in der Integrationspolitik

Die Grundfreiheiten, die in der Außenpolitik Maßstab für Entscheidungen sein sollen, können und sollen auch in der Integrationspolitik in Deutschland und Europa Anwendung finden. Mit Blick auf die Freizügigkeit innerhalb der EU ist die Debatte um eine Leitkultur überholt. Menschen aus anderen Ländern, in denen die Grundfrei-

heiten vorherrschen, verstehen auch unsere Leitkultur und können sich integrieren.

Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass diese Grundfreiheiten nicht verhandelbar sind und zwingend akzeptiert werden müssen, wenn man hier leben will. Derzeit lassen wir zu, dass Mädchen und Frauen außereuropäischer Herkunft weniger Freiheiten haben als Frauen deutscher und europäischer Abstammung. Das kommt einer rassistischen Politik gleich, bei der man Freiheit je nach ethnischer Herkunft bemisst. Außerdem lassen wir zu, dass ausländische Akteure Macht über Gemeinschaften hier in Deutschland und Europa haben. Das untergräbt die Integration, lässt Extremismus gedeihen und verstößt gegen alle unsere Grundfreiheiten. Wir lassen außerdem zu, dass Immigranten andere Mitglieder ihrer Gemeinschaften unter Druck setzen und bedrohen, um religiöse und kulturelle Konformität zu erzwingen. Damit können Menschen ihre eigene religiöse Überzeugung nicht frei wählen, auch wenn sie in Deutschland sind. Schließlich erlauben wir Familiensystemen, ihre erwachsenen Kinder in einer Weise zu kontrollieren, die ihnen die Freiheit zu eigenen Lebensentscheidungen nimmt. Das zeigt sich vor allem in der Praxis der Zwangsverheiratung.

All diese Praktiken verstoßen gegen die Menschenwürde und die Freiheit, wie wir sie verstehen und wie wir sie für uns selbst haben wollen. Indem wir dieselben Maßstäbe in der Integrationspolitik anwenden, zwingen

wir den Menschen nicht unsere Kultur auf, sondern wir lassen einfach keine Unterdrückung zu. Es steht Immigranten frei, ihre Religion und Kultur beizubehalten, solange sie die Grundfreiheiten respektieren, die in Europa für alle gelten.

Das bedeutet im Einzelnen:

- ▶ Zwangsheirat muss als Menschenhandel angesehen und bestraft werden.
- ▶ Frauen werden in eigenen Kursen über ihre Rechte und Freiheiten unterrichtet, wie sie sich gegen häusliche Gewalt wehren und daraus befreien können.
- ▶ Frauen müssen Zugang zu sicheren, bewachten Unterkünften haben, um vor Bedrohungen durch (Ex-)Ehemänner oder Familienmitglieder sicher zu sein.
- ▶ Drohungen und Gewaltanwendung mit dem Ziel, eine Partnerwahl, einen Lebensstil oder eine Religion durchzusetzen oder zu verweigern, müssen strafrechtlich verfolgt und geahndet werden.
- ▶ Ausländischen Regierungen wird jede öffentliche Einflussnahme auf die in Deutschland lebenden Menschen verwehrt.
- ▶ Das Verbot der Scharia ist in der Praxis durchzusetzen.
- ▶ Die Grundfreiheiten werden in unserem gesamten Bildungssystem verankert und Verstöße dagegen geahndet.

Dies ist keine erschöpfende Liste von möglichen Maßnahmen. Es sind Min-

destforderungen, damit Schüler nicht ihre Mitschüler und Lehrer terrorisieren, um ihre islamischen Überzeugungen durchzusetzen<sup>48</sup> und Frauen nicht Unterdrückung ausgesetzt sind. Religionsfreiheit und diese Grundfreiheiten dürfen in Europa nicht verhandelbar sein. Der starke Anstieg von Beratungsbedarf im Zusammenhang mit Islamismus ist ein Indiz dafür, dass wir Klarheit in der Integrationspolitik brauchen.<sup>49</sup>

Eine klare Integrationspolitik wird gleichzeitig deutliche Signale an die Gemeinschaften in den Herkunftsländern senden und den Prozess der Akzeptanz der Grundfreiheiten außerhalb Europas unterstützen. Wir sehen die Wechselwirkung zwischen Außenpolitik und Integration in beide Richtungen.



## Mehr Kompetenz in den Behörden für auswärtige Angelegenheiten

Sowohl auf europäischer als auch auf deutscher Ebene sind interne Veränderungen in den Institutionen erforderlich, die unsere Außenpolitik bestimmen. Der standardisierte, von kurzfristigen Wirtschaftsinteressen geleitete Ansatz muss durch ein tieferes Verständnis der Auswirkungen im In- und Ausland ersetzt werden und braucht eine ressortübergreifende Behandlung. Das bedeutet, dass Außenministerium und BAMF einen integrierten Ansatz schaffen müssen, der die Wechselwirkungen zwischen Außenpolitik und Integration anwendet.

Beide Behörden müssen Verfolgten aufgrund ethnischer Zugehörigkeit angemessene Beachtung einräumen, z. B. mit der Einrichtung einer Anlaufstelle für staatenlose Ethnien, und das Wissen über die Bedeutung ethnischer Zugehörigkeiten in auswärtigen Angelegenheiten verbessern.<sup>50</sup>

Schließlich ist die unseriöse Haltung unserer Innen- und Außenpolitik gegenüber verfolgten Christen nicht akzeptabel und eine Diskriminierung aufgrund der Religion. Wir setzen eine konsequente Politik um, in der der Diskriminierung aufgrund der Religion die gleiche Aufmerksamkeit und die gleichen Ressourcen zugewiesen werden, wie es bei anderen Formen von Diskriminierung der Fall ist. Verfolgte Christen müssen im Ausland unterstützt werden und im Inland Asyl bekommen.

# Länderspezifische Maßnahmen zur Reduzierung der Ursachen von Flucht und Migration

Wie beschrieben, ist es notwendig, die Beschwichtigungspolitik gegenüber Regimen zu beenden, die massive Migrations- und Fluchtbewegungen nach Deutschland verursachen. Das ist möglich mit politischem Druck, wo diese Regime verwundbar sind. Wir beschreiben hier eine Reihe konkreter Maßnahmen gegenüber dem Iran und der Türkei, um ihre repressive und expansive Innen- und Außenpolitik zu sanktionieren und sie zu einem konstruktiven Agieren zu bewegen.

## Iran

Die folgenden Maßnahmen können der iranischen Aggression entgegenwirken und den Geldfluss an die Revolutionsgarden (IRGC) und ihre Milizen im Nahen Osten beenden:

- ▶ Der Iran wird formell zum Förderer von Terrorismus und Flüchtlingsströmen und damit zum strategischen Gegner der EU erklärt.
- ▶ Deutschland und die EU distanzieren sich offiziell vom Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA).
- ▶ Alle Wirtschaftsbeziehungen zum Iran werden mit Sanktionen belegt.
- ▶ Die von Assad kontrollierten Gebiete in Syrien, der von den Houthis kontrollierte Jemen und der von der Hizbollah beherrschte Südlibanon werden vom Außenministerium und dem EAD als vom Iran dominierte Gebiete behandelt.
- ▶ Die IRGC werden in Deutschland auf die nationale Terrorliste gesetzt und auf die EU-Terrorliste.
- ▶ Das Selbstbestimmungsrecht der nicht-farsischen Völker Irans wird in gleicher Weise wie das der Palästinenser anerkannt.
- ▶ Die Autonome Verwaltung Nordostsyriens AANES (SDF) wird als Partner in die EU-Strategie gegen den Iran eingebunden – in Anlehnung an die bestehende Partnerschaft im Kampf gegen den IS.
- ▶ Zum Schutz vor den Angriffen iranisch unterstützter Milizen auf Irakisch-Kurdistan und AANES werden beide mit Drohnenabwehrgeräten und anderen Fähigkeiten zur Luftabwehr ausgestattet. Damit werden neue Flüchtlingsströme nach Europa verhindert.
- ▶ Die iranische Opposition wird von unserem diplomatischen Korps ermutigt, sich zu einer gemeinsamen Front aus farsischer und nicht-farsischer Opposition zusammenzuschließen.



- ▶ Deutschland und die EU leisten Israel umfassende Unterstützung gegen Angriffe des Iran.

## Türkei

- ▶ Der Status der Türkei in der NATO wird neu bewertet und ein Beschluss gefasst, dass die Türkei keinen Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags reklamieren kann, solange sie ihre invasive Aggression in der Region und die Repression im eigenen Land aufrechterhält. Dies steht im Einklang mit bestehenden Möglichkeiten im Rahmen des NATO-Vertrags.<sup>51</sup>
  - ▶ Jegliche Rüstungsexporte in die Türkei werden gestoppt, solange Erdogan kurdische Gebiete in Nordost-Syrien und dem Irak angreift.
  - ▶ Es werden Sanktionen gegen die Türkei verhängt, solange sie die Grenzen zu den Nachbarstaaten nicht respektiert und ihre Einmischung in der Region und in Deutschland nicht beendet.
  - ▶ Die Autonome Verwaltung Nordostsyriens AANES (SDF) wird als Partner der EU anerkannt und unterstützt beim Aufbau demokratischer Strukturen in Syrien – in Anlehnung an die bestehende Partnerschaft im Kampf gegen den IS.
  - ▶ Wir unterstützen die Kurden in der Türkei angesichts ihrer systematischen Diskriminierung.
  - ▶ Wir beenden jede Politik, die die Kurden in Deutschland diskriminiert. Deren institutionelle Diskriminierung erfolgt auf Wunsch der türkischen Regierung, ohne dass es dafür Gründe in Deutschland gibt. Es ist inakzeptabel, dass dies in Deutschland geschehen kann, und eine formelle Entschuldigung der Regierung gegenüber der kurdischen Gemeinschaft ist erforderlich.
  - ▶ Die PKK wird von der EU-Terrorliste gestrichen in Umsetzung des Urteils des belgischen Obersten Gerichtshofs von 2020 zur PKK.<sup>52</sup>
  - ▶ Die EU-Staaten anerkennen den Völkermord an der armenisch-syrisch-assyrischen und griechischen Bevölkerung nach 1915.
  - ▶ Der Flüchtlingspakt mit der Türkei wird überprüft, inwiefern er den syrischen Flüchtlingen in der Türkei und längerfristig den europäischen Interessen dient.
  - ▶ Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden beendet, da die Regierung immer weniger bereit ist, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen.
- Die genannten Maßnahmen (oder eine Auswahl davon) können den Iran und die Türkei dazu bewegen, ihre Politik zu beenden, die die Sicherheit in der Region und in der EU untergräbt. Alle politischen Maßnahmen zielen darauf ab, die Situation der im Nahen Osten lebenden Menschen zu verbessern, was die nachhaltigste Politik zur Reduzierung von Migration und Flucht nach Deutschland und Europa ist.

# Quellen

- 1 Demografie von Asylsuchenden in Deutschland | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de
- 2 Turkey and the armed Syrian opposition: Salafi jihadist groups | Strategies of Turkish proxy warfare in northern Syria (cingendael.org) & Turkish-backed extremist groups in Syria sanctioned by US – analysis – The Jerusalem Post (jpost.com) & Reports shed light on mercenaries, terrorists sent by Turkey to Libya | | AW (thearabweekly.com) & Turkey's smuggling of ISIS affiliates from Syria rings alarm bells (alarabiya.net) et al.
- 3 Iran's Unwavering Support to Assad's Syria – Carnegie Endowment for International Peace & How Iran Keeps Assad in Power in Syria | Foreign Affairs & Iranian general transformed Syria's war in Assad's favor | AP News et al.
- 4 Iran's Regional Armed Network | Council on Foreign Relations (cfr.org) et al.
- 5 StratCom | NATO Strategic Communications Centre of Excellence Riga, Latvia (stratcomcoe.org) In diesem Bericht wird auch auf andere Berichte verwiesen, die die Beteiligung der IRGC an großen Teilen der iranischen Wirtschaft unterstreichen.
- 6 Der Tag: Bund erleichtert deutsche Investitionen im Iran – n-tv.de & Deutschland macht Milliardengeschäft mit Iran (faz.net) & Westliche Länder rufen zu mehr Investitionen auf (wiwo.de) et al.
- 7 Irans Präsident in Frankreich – Goldgräberstimmung in Paris (deutschlandfunk.de) et al.
- 8 Explainer: Timing of Key Sunsets in Nuclear Deal | The Iran Primer (usip.org)
- 9 Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer – DIHK
- 10 Know more | AANES | Europe (aan-es-rep-eu.com)
- 11 Finding Freedom: Syria in the Wake of ISIS (coffeordie.com)
- 12 sdf-press.com/de/
- 13 Biden-Harris Should Lead on Women's Rights and Help End Syrian Conflict | Council on Foreign Relations (cfr.org)
- 14 USCIRF Releases 2021 Annual Report with Recommendations for U.S. Policy | USCIRF
- 15 DOD to Fund Better Detention Facilities in Syria, But Best Solution is Detainee Repatriation > U.S. Department of Defense > Defense Department News
- 16 EU must prioritise media freedom reforms and human rights in relations with Turkey – European Centre for Press and Media Freedom (ecpmf.eu)
- 17 Turkey: Passing of disinformation law a ‚dark day for freedom of expression online‘ | Amnesty International UK
- 18 Politicized Courts, Muzzled Media as Türkiye Reaches 100 | Human Rights Watch (hrw.org)
- 19 Kurds in Dark Times: New Perspectives on Violence and Resistance in Turkey | FSI (stanford.edu)
- 20 No respite for Kurds as Turkey's security forces ramp up repression – Al-Monitor: Independent, trusted coverage of the Middle East
- 21 Fleeing ‚Erdogan's Persecution‘: Turks Look For Salvation In Europe – I24NEWS
- 22 Unter Generalverdacht: Kurden in Deutschland, MONITOR vom 15.03.2018 – Sendungen – Monitor – Das Erste (wdr.de)
- 23 Überwachung von kurdischen Vereinen: Allgemeiner Verdacht reicht nicht – taz.de
- 24 Auch Deutschland unterdrückt die Kurd\*innen – der Freitag
- 25 Hessen setzt islamischen Religionsunterricht in Kooperation mit Dİtib fort – trotz „abstrakter Gefahr“ | hessenschau.de | Politik
- 26 Graue Wölfe: Wie türkische Extremisten unseren Staat unterwandern – FOCUS Online
- 27 Demografie von Asylsuchenden in Deutschland | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de
- 28 The Ides of August (sarachayes.org)
- 29 Bundeswehr: Afghanistan-Einsatz kostete mehr als 17,3 Milliarden Euro | ZEIT ONLINE
- 30 EU trade relations with Pakistan (europa.eu)
- 31 A Holistic overview of migration from Africa to the EU – sallux
- 32 „Nothing, there's nothing“: Senegal's plummeting fish stocks drive migrant surge to Europe | Euronews
- 33 How Europe Outsourced Border Enforcement to Africa – In These Times
- 34 Europe makes another move to outsource border control with Mauritania deal | The World from PRX
- 35 Fishy business: EU flashes green money to support Indian Ocean tuna grab – POLITICO
- 36 The-EU-under-the-rule-of-tuna-lobbies.pdf (bloomassociation.org)

- 37 Breaking the Cycle of Debt: Addressing the Reasons behind High Indebtedness in Africa and Recommendations for Sustainable Solutions. – AFRODAD
- 38 Niger observers link coup to president's support for EU migration policies | Niger | The Guardian
- 39 Border Control from Hell: How the EU's migration partnership legitimizes Sudan's „militia state“ – Sudan | ReliefWeb
- 40 EU fund accused of financing massacres in Sudan – FUF.se
- 41 The New Humanitarian | Inside the EU's flawed \$200 million migration deal with Sudan
- 42 After Six Months of Civil War, What's the State of Play in Sudan? | United States Institute of Peace (usip.org)
- 43 How Smugglers Bring Migrants into EU Despite Poland's New Wall on Belarus Border | Balkan Insight
- 44 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0609>
- 45 Alternatives as fiction? What the EU Pact on Migration and Asylum means for Alternatives to Detention – World | ReliefWeb
- 46 Migration: EU feiert ihr Asylpaket - Zu Recht? Die Maßnahmen im Check – WELT
- 47 Human Development Index | Human Development Reports (undp.org)
- 48 Scharia-Vorfall an Schule in Neuss: Nicht der erste Fall dieser Art – Rheinland – Nachrichten – WDR
- 49 BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Infothek – Beratungsanfragen mit Islamismusbezug steigen stark
- 50 Engaging Ethnic Minorities – sallux
- 51 Europäische Sicherheit, türkische Außenpolitik und Artikel 5 des NATO-Vertrags – sallux
- 52 Oberstes Gericht in Belgien: PKK keine Terrororganisation – oe24.at

# Wählen Sie Bündnis C – Christen für Deutschland bei der Europawahl am 9. Juni 2024, um diesen Ideen eine Stimme zu geben!

Wenn Sie unsere Gedanken und Vorschläge zur Wirtschafts- und Außenpolitik und wie wir damit Migration eindämmen, stichhaltig finden, geben Sie uns bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament Ihre Stimme.

Wir vertreten damit einen deutlich unterschiedlichen Ansatz in der Debatte über Asyl und Migration. Wir kennen keine andere Partei, die diese Tatsachen in der Politik anspricht und bereit ist, die Wurzeln von Flucht und Migration anzugehen und die Ursachen langfristig einzudämmen.

Wir werden diese Vorschläge dem Europäischen Parlament unterbreiten und unser Möglichstes tun, um die Gesetzgebung zu beeinflussen – damit Menschen in den Herkunftsländern wie in Europa Zukunftschancen haben. Wir haben mit Repräsentanz im Europaparlament auch Möglichkeiten, freiheitlich-demokratische Kräfte in den Herkunftsländern zu unterstützen.

Mit unserer Wahl ins Europaparlament stärken Sie auch unsere Möglichkeiten, die Debatte in Deutschland selbst zu beeinflussen, mit diesen Gedanken mehr Menschen, Medien und Politiker zu erreichen und einen neuen Weg einzuschlagen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es keine Prozenzhürde. Bereits mit 0,6 % der Stimmen haben wir einen Sitz im Europaparlament. Geben Sie uns Ihre Stimme, damit wir für eine andere Migrationspolitik eine Stimme sein können – für Sie und die Menschen außerhalb Europas, für die Würde aller und eine friedliche Zukunft.

Weitere Informationen über Bündnis C – Christen für Deutschland und die bevorstehende Europawahl finden Sie unter <https://buendnis-c.de/aktuelles/europawahl2024/>



Bündnis C – Christen für Deutschland  
Bundesgeschäftsstelle  
Winterstraße 29 · 76137 Karlsruhe  
E-Mail: [info@buendnis-c.de](mailto:info@buendnis-c.de)

**bündnis C**  
Christen für Deutschland